



# Ratsreport

4. April 2017

# Inhalt

Ordnungsdienst stärken, Köln sicherer machen	2
Schulbaunotstand	3
CDU, Grüne und FDP verweigern mehr Gerechtigkeit beim Köln-Pass	4
Westliche Domumgebung neu gestalten	5
Was noch geschah...	6
» Rheinbrücke im Kölner Süden	6
» Mitgliedschaft der Stadt bei Transparency International	6
» Bühnenwerkstätten: Günstigere Alternativen schaffen	7
» Luftverschmutzung in Köln endlich bekämpfen	7
» Sanierung der Zoobrücke wird teurer	7
» Gute Bildung braucht gute Schulen	8
» Sonntagsöffnungen: SPD-Fraktion fordert Rechtssicherheit	8
» Zweckentfremdung von Wohnungen: Schärfere Regeln	9
» Bessere Bedingungen für den Wohnungsbau	9
» Ehrenamtskarte beschlossen	9

## Ordnungsdienst stärken, Köln sicherer machen

### SPD-Fraktion fordert mindestens 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel

Die jüngsten Ereignisse am Rheinboulevard haben deutlich gezeigt, dass in Köln in weiten Teilen ein eklatantes Sicherheitsdefizit herrscht. Ordnungsamt und Polizei reagieren nun darauf durch verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften vor Ort, wie u.a. Stadtdirektor Keller im Rat angekündigt hat. Die zusätzlichen Ordnungskräfte für die Flanier-

meile müssen nun an anderer Stelle abgezogen werden müssen. Leidtragende sind insbesondere die Kölnerinnen und Kölner in den Veedeln außerhalb der Innenstadt. Dieses Problem besteht seit Jahren, die SPD-Fraktion will es angehen. „Wir brauchen eine deutliche personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes in den Veedeln. Unser Ziel: 100 plus, also mindestens zehn zusätzliche Kräfte pro Bezirk!“, erklärt Börschel. Denn: „Für Sicherheit und Ordnung ist

nach dem Gesetz in erster Linie die Stadt zuständig und nicht die Polizei. Dieser Aufgabe hinkt die Verwaltung aber deutlich hinterher.“ Positiv aufgegriffen wurde die SPD-Initiative in den Bezirken. Der Bezirksbürgermeister aus Ehrenfeld, Josef Wirges, hat im Rat eindringlich geschildert, welche negativen Auswirkungen die personelle Unterbesetzung des Ordnungsdienstes auf die Situation in den Bezirken hat.

Gerrit Krupp, Sprecher der SPD-Fraktion für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung: „Die Kölnerinnen und Kölner haben ein Recht auf mehr Sicherheit und Ordnung auf den Kölner Straßen und Plätzen – und zwar dort, wo sie leben und ihre Freizeit verbringen, d.h. in den Veedeln. Wer ein offenes Ohr für die Belange der Bürgerinnen und Bürger hat, kann sich diesem Bedürfnis nicht verschließen.“

Leider hat der Antrag der SPD-Fraktion keine

Mehrheit im Rat gefunden. Am Ende hat Jamaika einen Änderungsantrag eingebracht und gerade einmal einen halbherzigen Prüfauftrag an die Stadtverwaltung beschlossen. Besonders pikant: Den Großteil dieser Aufträge hatte Jamaika jüngst noch im Rahmen eines Ratsantrags der SPD-Fraktion zur Stärkung des Kölner Ordnungsdienstes abgelehnt.

Nach eigener Einschätzung von CDU und Grüne passt zwischen die beiden Fraktionen beim Thema Sicherheit kein „Blatt Papier“. Doch die ideologischen Gräben zwischen CDU und Grünen sind beim Thema Sicherheit so groß, dass außer Stillstand nichts von dem selbsternannten „Gestaltungsbündnis“ zu erwarten ist.

*Weitere Informationen:*

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp? kvonr=68228&vo-select=16709>

## Schulbaunotstand braucht mutige Entscheidungen und Gesamtstrategie

Die Stadtverwaltung hat endlich ein erstes Maßnahmenpaket vorgestellt, um den Schulbaunotstand zu bekämpfen. Wie bereits im letzten Jahr von der SPD-Fraktion gefordert, wird die Verwaltung nun eine Sondereinheit für den Schulbau prüfen. Dabei wird zunächst geprüft, ob diese spezielle Einheit besser innerhalb der Gebäudewirtschaft angesiedelt wird oder eine externe Organisationsform zu besseren Ergebnissen führen kann. Wichtig ist uns: Es muss für Köln die beste Lösung gefunden werden, mit der so schnell wie möglich die dringend benötigten Schulbauten errichtet werden können. Um erste Bewegung in den Stillstand zu bringen, unterstützt die SPD-Fraktion ein

vorgeschlagenes Maßnahmenpaket für elf Schulen, das an externe Generalunternehmer vergeben und in einem Zeitraum von fünf Jahren umgesetzt werden soll.

„Auch wenn wir uns das anders wünschen würden, scheinen uns solche Akutmaßnah-



men geboten, damit die Gebäudewirtschaft aus ihrem Umsetzungstau herauskommt. Allerdings fordern wir gleichzeitig den Baudezernenten und verantwortlichen Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft dazu auf, schnellstmöglich eine Gesamtstrategie vorzulegen, die alle Schulen berücksichtigt. Es darf nicht sein, dass sich alle Kraft auf diese elf Schulen fokussiert und die

anderen, ebenso dringenden Maßnahmen aus dem Blick geraten“, erklärt Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion.

*Weitere Informationen:*

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp? kvonr=68390&vo-select=16709>

## CDU, Grüne und FDP verweigern mehr Gerechtigkeit beim Köln-Pass

Das Leben in Köln wird immer teurer, das Armutsrisiko besonders für Geringverdiener steigt. Um die Armutsfolgen gerade für diese Gruppe besser abzufedern, hat die SPD-Ratsfraktion nun zusammen mit der Fraktion DIE.LINKE und den Kölner Piraten eine Ausweitung des Köln-Passes beantragt. In Zahlen bedeutet dies: Bisher ist man als alleinstehender Geringverdiener ab einem Haushaltseinkommen von 1054 Euro für den Köln-Pass berechtigt, künftig soll die Grenze bei 1095 Euro liegen. Bei einem alleinerziehenden Elternteil mit zwei Kindern unter sechs Jahren erhöht sich die Verdienstgrenze, die für den Köln-Pass berechtigt, von gut 1900 Euro um 88 Euro auf 1989 Euro Haushaltseinkommen.

Michael Paetzold, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Wenn Menschen fleißig sind, sich an die Regeln halten und trotzdem nicht genug Geld haben, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist das schlicht ungerecht. Betroffen sind besonders Eltern oder alleinerziehende Frauen und Männer mit kleinen Kindern, die oftmals Teilzeit arbeiten müssen, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Wir wollten durch die Ausweitung des Berechtig-

tenkreises für den Köln-Pass erreichen, dass mehr Kölnerinnen und Kölner mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.“

Um mehr Berechtigte auf das Angebot aufmerksam zu machen, sollte die Werbung für den Köln-Pass intensiviert werden. Paetzold abschließend: „Hier geht es um die Abmilderung von Armutsfolgen. Die Ungerechtigkeit, das Menschen trotz harter Arbeit nicht von ihrem Lohn leben können wird man langfristig nur durch den Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, das Verbot von sachgrundlosen Befristungen, eine stärkere Tarifbindung, eine bessere Kinderbetreuung mit flexibleren Öffnungszeiten und einen auch für das Leben in Großstädten auskömmlichen Mindestlohn in den Griff bekommen.

Als Geringverdiener gilt, wer weniger als zwei Drittel des mittleren Verdienstes erhält. Konkret heißt dies: Wer weniger als 11,10 Euro die Stunde verdient, gehört als Vollarbeitskraft zur Gruppe der Geringverdiener. Der Bruttoverdienst einer Vollarbeitskraft (40 Stunden/Woche) mit dem aktuell geltenden Mindestlohn von 8,84 Euro liegt derzeit bei 1.535,16 Euro brutto im Monat.

Da bleiben wir als SPD dran. Hier vor Ort ist es allerdings unsere Aufgabe, die Folgen von Ungerechtigkeit und Armut konkret abzumildern. Wenn mehr Menschen durch die Erweiterung des Köln-Passes am gesellschaftlichen Leben teilhaben könnten, wäre es das allemal wert, besonders für unsere Pänz!“

Leider haben sich die Fraktionen von CDU,

Grünen und FDP in der heutigen Ratssitzung geweigert, diesen wichtigen Schritt für mehr Gerechtigkeit mitzugehen. Enttäuschend, dass Jamaika die Menschen im Stich lässt.

*Weitere Informationen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68238&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68238&vo-select=16709)

## Raus aus der Schmutzdecke: Westliche Domumgebung neu gestalten

Die SPD hat einen umfassenden Vorschlag zur Neugestaltung des westlichen Domumfeldes vorgelegt. Der aktuelle Zustand ist der zentralen Lage und der Bedeutung des Domes als Weltkulturerbe und Identifikationssymbol für alle Kölnerinnen und Kölner absolut unwürdig. Insbesondere geht es um die Bereiche Kardinal-Höffner-Platz, Komödienstraße, Burgmauer und Marzellenstraße: Hier herrscht städtebauliches Chaos. Auch die mangelnde Barrierefreiheit beim Zugang zur Domplatte muss endlich verbessert werden. Hier wollen wir aufräumen. Dazu Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Dies gilt insbesondere für den Kardi-

nal-Höffner-Platz. Die Kopie der Kreuzblume möchten wir erhalten, weil sie anschaulich die Maße des Doms verdeutlicht. Geprüft werden soll aber, ob man sie etwas versetzen kann. Damit würde die Straße „Burgmauer“ aufgewertet, von der man so eine direkte Sicht auf das Hauptportal des Doms hätte.“

Für Bimmelbahn und Taxen soll es nach der Umgestaltung keinen Platz mehr geben. „Der gesamte Autoverkehr in diesem Bereich muss reduziert werden, stattdessen wollen wir mehr Platz und Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger. So können sich dort auch wieder Gastronomie und Einzelhandel ansiedeln“, so Frenzel. Auf der Komödienstraße sollen die Touristen- und Stadtrundfahrtbusse verlagert werden; zudem muss hier die Gehweg- und Fassadenwerbung reduziert werden. Das Domgäßchen braucht schnell eine bessere Beleuchtung.

Die Planungen müssen mit den bestehenden städtischen Konzepten bzw. Überlegungen zum Verkehrskonzept City/Altstadt, dem Radverkehrskonzept Innenstadt, der Via Culturalis und den Planungen zur „Historischen Mitte“ in Einklang gebracht werden. Der im Dom-Parkhaus dargestellte Teil der römischen Stadtmauer sollte Ausgangspunkt der



By © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=28494429>

Via Culturalis sein und auch besser präsentiert werden.

„Im weiteren Verfahren wollen wir eine umfassende Bürgerbeteiligung. Das Verfahren ist unter enger Einbeziehung der Anlieger wie der Hohen Domkirche, KölnTourismus, Café Reichardt und anderen durchzuführen. Bis zur Sommerpause möchten wir einen Fahrplan haben“, so Frenzel abschließend. Laut Stadtplanungsdezernent Höing arbeitet die Verwaltung bereits an der Aufwertung der westlichen Domumgebung – Grund genug für die Ratsmehrheit um CDU, Grüne und FDP, den SPD-Antrag nicht

inhaltlich abzustimmen und zum nächsten Tagesordnung überzugehen. Ein undemokratischer Akt, um sich inhaltlich nicht zu unserem Antrag verhalten zu müssen. Befremdlich, dass die Neugestaltung der westlichen Domumgebung damit keine Unterstützung der Ratsmehrheit gefunden hat.

*Weitere Informationen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68235&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68235&vo-select=16709)

## Was noch geschah...

### **Rat bekräftigt Beschluss für neue Rheinbrücke im Kölner Süden**

In einer aktuellen Stunde hat der Rat sich heute mit der neuen Rheinbrücke im Süden zwischen Godorf und Porz-Lind befasst. Anlass war ein aktueller Beschluss der Kölner Grünen. Diese lehnen die – bisher nur beispielhaft erarbeitete – Trasse der neuen Querspange ab und wollen die Entscheidung, ob überhaupt eine neue Rheinbrücke gebaut werden soll, von weiteren Gutachten abhängig machen. Dabei hatten sich die Kölner Grünen in der Vergangenheit wiederholt für das wichtige Verkehrsprojekt ausgesprochen! Mit breiter Mehrheit bekräftigte der Rat sein Bekenntnis zu der neuen Rheinbrücke, die die bestehenden Rheinbrücken und umliegenden Autobahnen erheblich entlasten wird. Bei angenommenen 63.000 Kfz pro Tag, einem sensationellen Kosten-Nutzen-Faktor von 15,2 und der Einstufung als „vordringlicher Bedarf“ im Bundesverkehrswegeplan besteht kein Zweifel: Die neue Rheinbrücke wird kommen – mit oder ohne Segen der Grünen! Und das ist gut so!

*Weitere Informationen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68347&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68347&vo-select=16709)

### **SPD unterstützt Mitgliedschaft der Stadt bei Transparency International**

Die SPD-Fraktion unterstützt die Ratsinitiative für mehr Transparenz und Antikorruption. Dieses wichtige Thema ist immer aktuell und nie erledigt. Auch wenn sich noch keine Mehrheit für eine Mitgliedschaft im Rat gefunden hat, ist es deshalb erfreulich, dass dieses wichtige Thema in den zuständigen Ausschüssen weiterverfolgt wird. Köln hat sich hohe Standards bei der Korruptionsvermeidung erarbeitet. Wenn dann [der CDU-Fraktionsvorsitzende in Köln „Personaldienstleister“ für die Stadtverwaltung spielt und die Oberbürgermeisterin Aufträge vergibt, ohne sich an die städtischen Regeln für Vergaben zu halten](#), dann wird deutlich, dass man sich auf dem Erreichten nicht ausruhen darf.

[www.transparency.de](http://www.transparency.de)

## Bühnenwerkstätten: Günstigere Alternativen prüfen!

Für ihre Werkstätten haben die Bühnen der Stadt Köln zwei Hallen auf dem Gelände des WDR angemietet. Diese waren jedoch den geforderten Ansprüchen – insbesondere an die Statik – nicht gewachsen. Die Stadtverwaltung hat dem Rat heute vorgeschlagen, einen Neubau auf dem gleichen Gelände zu planen. Kosten von bis zu 24 Mio. Euro stehen im Raum. Der Rat hat die Bedenken der SPD aufgegriffen und sich dagegen und für eine vorherige Prüfung günstigerer Alternativstandorte entschieden.

*Verwaltungsvorlage:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=67521&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67521&vo-select=16709)

*Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen und FDP:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68406&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68406&vo-select=16709)

## Luftverschmutzung in Köln endlich bekämpfen

Der Runde Tisch für Luftreinhaltung in Köln soll kurzfristig bis zur Sommerpause Maßnahmen zur Verringerung der Luftbelastung durch Stickstoffdioxid erarbeiten. Unsere Fraktion hatte dazu bereits im September 2016 einen Dringlichkeitsantrag in den Rat sowie den Verkehrsausschuss eingebracht, um die Kölnerinnen und Kölner schnellstmöglich vor den Gesundheitsgefahren der Luftverschmutzung zu schützen – allerdings hat das Ratsbündnis von CDU und Grünen die Angelegenheit seitdem von Sitzung zu Sitzung vertagt, anstatt entschieden zu handeln.

Heute hat der Rat endlich den offiziellen Handlungsauftrag an den Runden Tisch erteilt, an dem neben der Stadtverwaltung,



der Bezirksregierung und den Kölner Verkehrsbetrieben auch die Industrie- und Handelskammer Köln, die Handwerkskammer zu Köln sowie die Verkehrsverbände mitwirken. Für unsere Fraktion steht fest: Wir müssen unsere Bevölkerung schnell und wirkungsvoll schützen! Dabei gilt es im Sinne des Wirtschaftsstandortes Köln, alle denkbaren Handlungsansätze und -alternativen zu nutzen, um großräumige Dieselfahrverbote und insbesondere eine City-Maut auf Kölner Stadtgebiet zu vermeiden. Wir bleiben dran!

*Weitere Informationen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=67930&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67930&vo-select=16709)

## Sanierung der Zoobrücke wird teurer

Die anstehende Asphaltsanierung der Zoobrücke ab Anfang 2018 wird fast doppelt so teuer wie geplant und nun voraussichtlich mehr als neun Millionen Euro kosten. Zähneknirschend hat der Rat die Kostenerhöhung heute zur Kenntnis genommen. Hintergrund der Kostenexplosion sind veraltete Annahmen, die die Verwaltung der Planung zu Grunde gelegt hat – höchst ärgerlich und zudem vermeidbar.

Allerdings gibt es keine Alternative, da die Zoobrücke fit gemacht werden muss, um einen Teil des Verkehrs der Mülheimer Brücke aufnehmen zu können, wenn diese für rund drei Jahre saniert wird. Die Vorarbeiten an

der Mülheimer Rheinquerung beginnen bereits Ende 2017. Um einen Verkehrskollaps zu vermeiden, darf es bei den Arbeiten am Tunnel Grenzstraße und der anschließenden Sanierung der Fahrbahndecke auf der Zoo-Brücke auf keinen Fall weitere Überraschungen und Verzögerungen geben.

*Weitere Informationen:*

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?kvonr=67500&vo-select=16709>



## Gute Bildung braucht gute Schulen

Mit dem Landesprogramm Gute Schule 2020 stellt die Landesregierung für die nächsten vier Jahre insgesamt 100 Millionen Euro für Kölner Schulen bereit. In Zeiten schlechter Nachrichten zum Schulbaunotstand und Umsetzungstau bei der städtischen Gebäudewirtschaft eine Möglichkeit für viele Schulen, kurzfristig etwas zu verbessern. Renovierungsarbeiten in den Gebäuden, auf den Schulhöfen, auf Sportanlagen, aber auch die Ausstattung mit technischen Geräten und der erforderlichen digitalen Anbindung sind mit dem Landesprogramm möglich. Eine weitere gute Nachricht: Auch Schulen, die bislang noch keinen Bedarf angemeldet



haben, können dies weiterhin laufend über die Plattform „TIPS“ nachholen, denn das Programm läuft bis 2020. Sollten Sie hierbei als Schulen oder Elternvertreter Unterstützung benötigen oder Fragen haben, wenden Sie sich gerne an ihren örtlichen Vertreter der SPD-Ratsfraktion.

*Weitere Informationen:*

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?kvonr=66666&vo-select=16709>

## Konsensrunde zu Sonntagsöffnungen: SPD-Fraktion fordert schnellstmöglich Rechtssicherheit

Nach einer erfolgreichen Klage der Gewerkschaft ver.di gegen eine bereits genehmigte Sonntagsöffnung hat Stadtdirektor Keller dem Rat empfohlen, alle Sonntagsöffnungen in 2017 in Köln vollständig aufzuheben. Dieser Empfehlung vermochten CDU, Grüne und FDP sowie die Oberbürgermeisterin – anders als die SPD-Fraktion – nicht folgen. Stattdessen bleiben einzelne Sonntagsöffnungen bestehen, obwohl das Risiko hoch ist, dass auch sie von Gerichten gekippt werden. Planungssicherheit für die betroffenen Einzelhändler und Veranstalter sieht anders aus!

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist damit die Chance für eine schnelle und rechtssichere Lösung verbaut worden. Insbesondere die zwischenzeitliche Absage der Neuauflage



der Konsensrunde ist aus Sicht der SPD-Fraktion der völlig falsche Weg. Stadt und Betroffene gehören jetzt an einen Tisch.

*Weitere Informationen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=67622&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67622&vo-select=16709)

### **Zweckentfremdung von Wohnungen: SPD setzt Prüfung schärfere Regeln sowie Verhandlungen mit AirBNB durch**

Der Rat der Stadt Köln will die Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen. Eine Ratsmehrheit um SPD, CDU, Grüne und Linke hat sich daher für die Fortführung der so genannten Wohnraumschutzsatzung ausgesprochen. Diese gilt seit Mitte 2014. Die SPD konnte in den Verhandlungen mit CDU, Grünen und Linken durchsetzen, dass nun auch Ferienwohnungen, die bisher legal vermietet waren, überprüft werden. Für Vermietungen, die vor dem 01.07.2014 begonnen wurden, galt bislang Bestandsschutz. Damit könnten auch sie leichter wieder Mieterinnen und Mietern aus Köln zur Verfügung stehen. Zudem soll die Stadt mit Vermittlern wie AirBNB verhandeln, um die Vermietungen von Wohnungen als Ferienunterkünfte vertraglich zu begrenzen.

*Verwaltungsvorlage:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=62621&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=62621&vo-select=16709)

*Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen und Linken:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68407&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68407&vo-select=16709)

### **Rat beschließt bessere Bedingungen für den Wohnungsbau**

Der Rat der Stadt Köln will die Wohnungsbauwirtschaft verpflichten, mehr öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen. Eine Ratsmehrheit von SPD, CDU und Grünen hat den Vorschlag der Oberbürgermeisterin für eine Fortschreibung des so genannten „Kooperativen Baulandmodells Köln“ geändert beschlossen. Das Modell wird nun an einigen Stellen noch einmal nachgebessert. Ziel ist es, verlässliche und schlanke Regeln aufzustellen. Damit soll mehr dringend benötigter neuer bezahlbarer und gleichzeitig qualitätsvoller Wohnraum in Köln entstehen.

*Verwaltungsvorlage:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68301&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68301&vo-select=16709)

*Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=68404&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68404&vo-select=16709)

### **Ehrenamtskarte beschlossen**

Ehrenamtliches Engagement wird durch die Einführung einer Ehrenamtskarte anerkannt und unterstützt. Wer sich fünf Stunden die Woche oder 250 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagiert, kann zukünftig die Ehrenamtskarte NRW beantragen. Inhaber der Karte kommen dann in den Genuss von Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen wie Botanischem Garten, Philharmonie und Bühnen oder auch Museen und Bädern. Jetzt ist wichtig, dass die Ehrenamtskarte unkompliziert und unbürokratisch umgesetzt wird.

*Weitere Informationen:*

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=67060&vo-select=16709](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67060&vo-select=16709)